

Rede von Antonios Antoniadis, Minister für Familie, Gesundheit und Soziales, anlässlich des Neujahrsempfangs der Dienststelle für Personen mit Behinderung

Es gilt das gesprochene Wort!

22.01.2016

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich möchte mich an dieser Stelle ganz herzlich für die freundliche Einladung zum Neujahrsempfang der Dienststelle für Personen mit Behinderung bedanken. Und auch in diesem Jahr bin ich natürlich sehr gerne hier. Nicht zuletzt auch, um Happy Birthday zu sagen. Denn die DPB feiert ihr 25-jähriges Jubiläum und steht einer positiven Wende bevor.

Das neue Jahr 2016 ist nun einige Wochen alt. Und der Start in ein neues Jahr ist ein idealer Moment, zurückzuschauen auf das, was war und gleichzeitig den Blick auf das zu richten, was noch kommt.

Liebe Gäste, im Herbst 2014 richtete der UN-Ausschuss zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung einige Empfehlungen an Belgien. Vor diesem Hintergrund hat die Regierung der DG eine Reihe von Initiativen der DPB und der Einrichtungen und Dienste finanziell unterstützt oder eigene ergriffen.

Ich denke da zuallererst an die Bezeichnung einer Person mit Beeinträchtigung als Experte in eigener Sache in der Kommission „Zugänglichkeit“. Diese Person wird auf Vorschlag des „Kleinen Forums“ durch die Regierung ernannt. Das „kleine Forum“ ist die Plattform aller Vereinigungen, Verbände und Selbsthilfegruppen von und für Menschen mit Beeinträchtigung in der DG. Personen mit Beeinträchtigung sind somit verstärkt in Entscheidungen eingebunden, die sie betreffen. Und auch das Forum soll in den kommenden Jahren gestärkt werden.

Zweitens. In der Tagesstätte Meyerode startete 2015 ein Pilotprojekt zur Tagesbeschäftigung von Personen mit einer neurologischen Schädigung. Die Regierung finanziert dieses Projekt, die DPB übernimmt die fachliche Begleitung.

Das Projekt unter dem Namen „Vita“ soll uns wichtige Erfahrungswerte für die künftige Ausgestaltung der spezifischen Dienstleistungen zugunsten von Menschen mit einer schweren neurologischen Schädigung liefern. Der Nutzer wird durch die Teilnahme an alltagsbezogenen Angeboten oder durch das Verrichten von sinnvollen Tätigkeiten im Rahmen seiner Fähigkeiten individuell aktiviert. Es geht darum, dass die Betroffenen so weit wie möglich selbstbestimmt und unabhängig von fremder Hilfe und Pflege leben können – und das in den eigenen vier Wänden in ihrem Zuhause.

Darüber hinaus ist es mir als zuständiger Minister wichtig, dass durch solche Projekte und Initiativen auch die pflegenden Angehörigen entlastet werden. Vita

tut genau dies. Deswegen hat die Regierung die Fortsetzung des Pilotprojektes beschlossen. In diesem Jahr werden wir die nötigen Schlüsse für die Gestaltung einer dauerhaften Dienstleistung ziehen. An dieser Stelle möchte ich mich noch beim Personal der Tagesstätte Meyerode und beim Verwaltungsrat bedanken, die Mut für etwas Neues gezeigt haben!

Ein drittes Projekt, von dem ich Ihnen heute berichten möchte, ist die Einführung einer „EU-Disability Card“, sozusagen ein europaweiter Behindertenausweis. Auf belgischer Initiative und nach dem Vorbild der Eurecard soll dieser zum Ende dieses Jahres in rund 10 europäischen Ländern eingeführt werden. Mit dieser Karte können die Nutznießer sich bei Organisatoren von kulturellen, sportlichen oder touristischen Angeboten als Person mit Beeinträchtigung kenntlich machen und bestimmte Preisreduzierungen oder eine andere Form des Nachteilsausgleichs erhalten. Das Besondere an dieser Karte: Sie gilt nicht nur in Belgien für Belgier – denn das war das Problem einer eigenen Karte – sondern grenzüberschreitend in den Ländern, die diese Karte einführen werden.

Ein viertes Projekt betrifft Infrastrukturmaßnahmen, die von der Regierung für das Jahr 2016 zugesagt wurden. Fünf Projekte erhielten eine Zusage, darunter findet man den Ausbau der Wohngemeinschaft Lommersweiler, einen Aufzug für die Außenstelle der Tagesstätte in Raeren oder Isolierungsmaßnahmen für die Tagesstätte am Garnstock und das Königin-Fabiola-Haus sowie eine neue und größere Küche für die Tagesstätte in Meyerode.

Die von der Regierung zugesagten Mittel belaufen sich auf über 1 Million Euro. Solche Investitionen sind möglich, weil die DG auch in Zukunft 80% der Kosten für diesen wichtigen Bereich übernehmen wird.

Liebe Anwesende, das waren zwar beileibe nicht alle Projekte des vergangenen Jahres, aber diese stechen besonders hervor. Und die Arbeiten haben mit dem Jahreswechsel natürlich nicht aufgehört.

Zurzeit beschäftigt sich das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft mit der Genehmigung des neuen Geschäftsführungsvertrags der DPB für den Zeitraum 2015-2019. Darin wird insbesondere die Rolle der DPB bei der Umsetzung des Regionalen Entwicklungskonzeptes definiert und die von der Regierung zur Verfügung gestellten Finanzmittel festgelegt, die auch in der nächsten Periode erhöht werden. An dieser Stelle möchte ich zwei inhaltliche Aspekte näher beleuchten.

Zum einen ist da die Rolle der DPB bei der Weiterentwicklung der Unterstützten Beschäftigung. Im Laufe des vergangenen Jahres habe ich mir in einigen ostbelgischen Betrieben ein eigenes Bild von den Maßnahmen der Unterstützten Beschäftigung machen können – das hatte ich auf dem Neujahrsempfang der DPB im letzten Jahr angekündigt. In den kommenden Monaten wird sich die DPB, auf meine Bitte hin, aktiv an den Diskussionen zur Stärkung und Weiterentwicklung der Sozialökonomie in der DG beteiligen.

Im Auftrag der Regierung wird sie einen Konzeptvorschlag für die erweiterte Anwendung der Unterstützten Beschäftigung erarbeiten und dabei die unterschiedlichsten Aktivierungsmaßnahmen berücksichtigen. Ich freue mich, dass die umfangreichen Vorarbeiten inzwischen beendet sind und in Kürze die internen Diskussionen starten können.

Zum anderen ist da die Rolle der DPB bei der Anpassung des Erlasses zur Festlegung der Bestimmungen zur behindertengerechten Gestaltung von bezuschussten Infrastrukturen. Im Sinne einer effizienten Vorgehensweise planen wir in der DG, die Bestimmungen des Erlasses nicht nur im Rahmen der Bezuschussung von Infrastrukturvorhaben, sondern auch für die Vergabe des EureWelcome-Labels zu nutzen. Grundlage wären dann identische Kriterien für öffentliche und der Öffentlichkeit zugängliche Gebäude einerseits und für Privatgebäude andererseits, die freiwillig inklusiv gestaltet werden.

Und was wird uns das Jahr 2016 noch bringen, meine Damen und Herren? In diesem Jahr werden in diesem Jahr die Weichen für ein Gesellschaftsprojekt gestellt.

Bereits auf dem Neujahrsempfang des vergangenen Jahres habe ich die Dienststelle und ihre Bereiche mit einem Gebäude verglichen, das viele Räume und Etagen hat. Ein Bauwerk, das nie vollendet sein wird und ständig ausgebaut werden würde. Damals haben Sie wahrscheinlich gedacht, ich baue nur ein paar Fenster ein, wie in den neuen Räumlichkeiten der Dienststelle im Eupen Plaza. Heute wissen die meisten hier im Raum, die Fenster sind schon eingebaut, aber dabei ist es nicht geblieben.

Das Gebäude der Dienststelle wird ausgebaut, denn die Familie hat Nachwuchs bekommen. Das haben einige aufmerksame Stammgäste dieser Veranstaltung schon festgestellt.

Die Umsetzung der 6. Staatsreform geht für uns mit einigen starken Veränderungen einher. Die wohl bedeutendste ist die angekündigte Umwandlung der Dienststelle für Personen mit Behinderung in eine Dienststelle für Selbstbestimmtes Leben. Und in diesem Zusammenhang können wir ruhig von einem Gesellschaftsprojekt sprechen. Es geht nicht einfach darum, Dienste zusammenzubringen und zu einer paragemeinschaftlichen Einrichtung zu verschmelzen. Es stimmt, wir werden darauf verzichten, neue Verwaltungen und Bürokratie aufzubauen und stattdessen mit bestehenden Ressourcen arbeiten. Das ist der administrative Unterbau. Das übergeordnete Ziel der Regierung ist aber die Förderung eines Selbstbestimmten Lebens. D.h. Menschen in Ostbelgien die nötigen Instrumente geben, um ihr eigenes Leben solange wie möglich selbst bestimmen zu können. Deshalb soll es in Zukunft eine einzige Anlaufstelle für Menschen mit Unterstützungsbedarf geben. Diese „Dienststelle für das Selbstbestimmte Leben“ wird beraten, orientieren, unterstützen. Sie kennt keine Schubladen, sie kennt „Menschen“.

Die erweiterte Dienststelle ist aber auch eine wichtige Voraussetzung, um die durch die Staatsreform an die DG übertragenen Zuständigkeiten der Mobilitätshilfen, der Unterstützung von Betagten und der erhöhten Kinderzulagen bewältigen zu können. Zur konkreten Umsetzung des soeben vom Direktor angesprochenen Wechsels von Zielgruppe zu Zielsetzung einer Individualisierung der Hilfen habe ich übrigens die Verwaltungen von Ministerium und Dienststelle beauftragt, Konzepte zur Einführung eines Persönlichen Budgets zu erarbeiten und so die Selbstbestimmung aller Nutznießer der neuen Dienststelle spätestens mit Beginn der kommenden Legislaturperiode noch weiter zu stärken. Sie sehen also, die nächsten Schritte haben wir schon im Blick. Wir leben im Heute, planen aber für das Morgen!

Aktuell ist der Vorentwurf des Rahmendekretes für die neue Dienststelle für Selbstbestimmtes Leben in Vorbereitung. In diesem Dekret werden Sie übrigens das Wort Behinderung vergeblich suchen. Einzig an Stellen, wo es juristisch nicht anders möglich ist, wird es Erwähnung finden. Das hat mit Spielereien nichts zu tun, sondern mit einer Botschaft und Philosophie, die wir vertreten. Die inklusive Gesellschaft, sie gibt es noch nicht ganz, aber wir wollen sie. In den kommenden Monaten werde ich diesen Text mit den entsprechenden Gremien, d.h. den Verwaltungsräten von DPB und Eudomos-Ihr häuslicher Begleitdienst, dem Beirat für Wohn-, Begleit- und Pflegestrukturen für Senioren sowie für die häusliche Hilfe, dem kleinen Forum und natürlich auch den Sozialpartnern und den Krankenkassen diskutieren, anpassen und anschließend ins Parlament einbringen. Diese Diskussionen sollen natürlich sehr tiefgründig erfolgen. Ich möchte Sie aber auch an den ambitionierten Zeitplan erinnern, den wir uns mit diesem Dekret gesetzt haben. Und dieser Zeitplan ist kein Selbstzweck, sondern den zeitlichen Vorgaben der 6. Staatsreform und den praktischen Aspekten eines solchen Prozesses geschuldet. DPB und Eudomos werden erste Gespräche aufnehmen, um einen reibungslosen und kohärenten Übergang zu gewährleisten.

Sie sehen also meine Damen und Herren, es tut sich eine ganze Menge. Wir haben auch noch viel vor, denn die Herausforderungen der Zukunft, sie werden nicht kleiner. Ganz in diesem Sinne möchte ich Ihnen eine Aussage meines berühmten französischen Namensvetters, des Schriftstellers Antoine de Saint Exupery, nicht vorenthalten. Er sagte: Die Zukunft soll man nicht voraussehen wollen, sondern möglich machen. Packen wir die Gelegenheit also gemeinsam beim Schopfe und machen eine inklusive Zukunft möglich!

Ein Zitat gegen Ende einer Ansprache markiert den Abschluss. Ich wäre kein guter Aufsichtsminister, wenn ich kein Wort des Dankes sagen würde. Zunächst an die Mitarbeiter selbst und die Ehrenamtlichen des Sektors. Danke für euer Engagement. Ich möchte aber aus gegebenem Anlass auch einigen Menschen namentlich danken. Herr Rahier hatte schon zu Beginn seines Interim-Amtes als Senior-vom-Dienst angedeutet, möglichst schnell auf seinen angestammten und liebgewonnenen Platz im Verwaltungsrat zurückkehren zu wollen. Ich muss gestehen, er hat seine Arbeit in dieser Übergangszeit so gut gemacht, dass ich das schon fast wehmütig zur Kenntnis nehme – zumindest so wehmütig, wie man

einem Gewerkschafter begegnen kann. Ich möchte aber auch die Gelegenheit nutzen und mich bei Renaud für diese Arbeit bedanken.

Bedanken möchte ich mich auch ganz herzlich bei Marcel Strougmayr, der vier Jahre lang den Vorsitz des Verwaltungsrates inne hatte und mit seinem Einzug ins Parlament einen gut geführten Laden hinterlassen hat. Neben Helmut Heinen, der im letzten Jahr verabschiedet wurde, gebührt auch ihm mein Dank.

Die Regierung stand also unter Zugzwang, denn ein neuer Vorsitzender musste gesucht und gefunden werden.

Und ich freue mich, Ihnen heute den neuen Vorsitzenden des Verwaltungsrates der DPB vorstellen zu dürfen. Es handelt sich hierbei um einen Mann, der als Reha-Facharzt in der Klinik St. Josef einen engen Bezug zum Tätigkeitsfeld der Dienststelle mit einer - wie ich finde - sehr gesunden Unbefangenheit dem hiesigen Sektor gegenüber kombiniert. Als Reha-Arzt ist er zudem sehr gut mit dem Seniorenbereich vertraut - nicht ganz unwichtig vor dem Hintergrund der anstehenden Erweiterung der DPB zu einer Dienststelle für selbstbestimmtes Leben. Alles weitere Wissenswerte wird er uns nun selber erzählen. Herr Dr. Karl Vermöhlen, Sie haben das Wort.

Meine Damen und Herren, vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.